BERND MASMEIER
Diplom-Pädagoge, Referent für Sozialrecht und Sozialpolitik i.R.

Die „Brandmauer“

Einige Gedanken über Sinn oder Unsinn eines Konstrukts deutscher Politik

Inhalt

Worum geht es? ..... S. 2
Der Sinn der „Brandmauer“ ..... S. 3
Der Blick „über’n Zaun“ ..... S. 5
Polen ..... S. 5
Ungarn ..... S. 6
Niederlande ..... S. 7
Dänemark ..... S. 9
Schweden ..... S. 11
Osteuropa ..... S. 13
Erste Folgerungen ..... S. 14
Die spezifisch deutsche Situation ..... S. 15
Weitere Folgerungen ..... S. 17
Was heißt das für die deutsche „Brandmauer“? ..... S. 18
Die Ausgangslage ..... S. 18
Die Überlegungen ..... S. 19
Das (Denk-)Ergebnis ..... S. 22
Was ist zu tun? ..... S. 23
AfD ..... S. 23
DIE LINKE ..... S. 26
Schlussbemerkung ..... S. 28
Anhang: Gedanken eines deutsch-jüdischen Bürgers zum Jahrestag der November-pogrome am 9. November 2026

Postanschrift: Telefon: + 49 211 15 82 07 62
Am Schönenkamp 110 mobil: + 49 172 2 41 15 62
40599 Düsseldorf E-Mail: Bmasmeier@ish.de
Internet: http://www.politik-fuer-menschen-mit-handicap.de; http://www.kuehler-kopf.de

Worum geht es?

a) Seitdem sich die als eine „Euro-kritische“ Partei gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD) programmatisch immer weiter dem politisch rechten Rand angenähert hat, einige ihrer Landesverbände von den jeweils zuständigen Ämtern für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft worden sind und die Bundespartei vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) insoweit unter Beobachtung steht gibt es unter den etablierten Parteien (von den AfD-Funktionären abschätzig als „Altparteien“ tituliert), aber auch unter Politik-Experten und allgemein politisch interessierten Bürger*innen eine mehr oder wenige leidenschaftliche Diskussion darüber, ob und insbesondere wie man sich von den extremistischen Ideen und Parolen dieser Partei abgrenzen sollte. Die Verfechter einer harten Linie lehnen nicht nur die teils kruden und in die Vergangenheit weisenden Vorstellungen dieser Partei, sondern auch jegliche Zusammenarbeit mit ihr bzw. mit ihren in Parlamente gewählten Vertretern ab. Für diese Haltung hat sich in der politischen Diskussion in Deutschland der Begriff „Brandmauer“ etabliert.

   Lange Zeit war allgemeine Ansicht, mit dieser Haltung könnten die Erfolge dieser Partei bei allgemeinen Wahlen in Grenzen gehalten werden. Auch die christlich-demokratischen Parteien CDU und CSU haben sehr lange diese Auffassung vertreten, wenngleich der derzeitige Vorsitzende der CDU und amtierende deutsche Bundeskanzler, Friedrich Merz, die Verwendung des Begriffs als solchen zumindest in der jüngeren Vergangenheit selbst weitgehend vermieden hat (dass er und seine Partei sich in einigen Bereichen sehr wohl der Programmatik und den Zielen der AfD angenähert haben, soll an dieser Stelle – auch aus Platzgründen und wegen der Lesbarkeit dieser Arbeit – außen vor bleiben). Tatsächlich hat sich jedoch spätestens bei den Wahlen im Oktober 2026 zu den Landesparlamenten in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, dass diese Erwartung nicht länger als zutreffend angesehen werden kann. In beiden Landesparlamenten ist die AfD stärkste Kraft geworden; für Sachsen-Anhalt steht zudem zu erwarten, dass dort im Dezember 2026 ein AfD-Politiker zum Ministerpräsidenten gewählt und im Anschluss eine von dieser Partei zumindest dominierte Landesregierung ins Amt gelangen wird. Für Mecklenburg-Vorpommern wird voraussichtlich eine von der AfD geführte Landesregierung verhindert werden können – allerdings mit dem durchaus als zweifelhaft anzusehenden „Erfolg“, dass sie im dortigen Landtag künftig die einzige Oppositionspartei sein wird. Somit ist nach den Ergebnissen dieser Landtagswahlen ganz offensichtlich die Frage zu klären, ob die Politik der „Brandmauer“ angesichts ihrer zumindest anscheinenden Wirkungslosigkeit aufrechterhalten, fallen gelassen oder zumindest angepasst werden sollte.

b) Auch in der Bundeshauptstadt Berlin wurde ein neues Landesparlament gewählt, das Abgeordnetenhaus. Bei dieser Wahl erhielt die Partei DIE LINKE rund 25% der Stimmen und wurde somit stärkste Kraft im neuen Landesparlament. Die bisher den Berliner Senat (Landesregierung) führende CDU (Koalition mit der SPD) wurde zwar noch zweitstärkste Partei; für eine Fortführung dieses Bündnisses reichte es jedoch wegen der Stimmenverluste auch der SPD nicht mehr. Da auch in Berlin keine Partei ein Bündnis mit der AfD eingehen möchte, kommen für einen von einer Parlamentsmehrheit gestützten Senat nur zwei Konstellationen infrage: eine von einer recht breiten Mehrheit getragene Koalition aus DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD oder eine mit einer nur sehr knappen Mehrheit, bestehend aus den beiden letztgenannten Parteien unter Führung der CDU.

   Wie die AfD in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern erhebt auch DIE LINKE in Berlin (vom streng demokratischen Standpunkt aus gesehen durchaus selbstverständlich) den Anspruch. die Landesregierung anzuführen. Außer der CDU (die als Bundespartei seit 2017 per Parteitagsbeschluss jegliche Zusammenarbeit sowohl mit der AfD als auch mit ihr ausschließt) sind die beiden für eine Berliner Koalition infrage kommenden Parteien (s.o.) prinzipiell zu einer Regierungsbildung unter der Führung der LINKEN bereit. Aus verschiedenen Gründen[1] sehen CDU und CSU in ihr jedoch „die radikalen Linken“, mit denen man „keinesfalls koalieren“ dürfe. Teile der CDU und der CSJ-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Markus Söder fordern daher aktuell (17./18. Oktober 2026) eine Brandmauer „eher auch nach links“ (wobei hinzuzufügen ist, dass sich Söder in derselben Rede auch scharf gegen die AfD abgegrenzt hat).

Welche Folgerungen sind aus einer solchen Gemengelage zu ziehen?

Der Sinn der „Brandmauer“

Wie man sich wahrscheinlich recht leicht denken kann, stammt der Begriff „Brandmauer“ ursprünglich aus dem Bauwesen. „Wiktionary“ ist die folgende Bedeutung zu entnehmen: „Eine Brandwand oder Brandmauer … ist eine Wand, die durch ihre besondere Beschaffenheit das Übergreifen von Feuer und Rauch von einem Gebäude oder Gebäudeteil zu einem anderen verhindern soll.“[2] Überträgt man diese Schutzfunktion auf das Bemühen, ein Übergreifen der in großen Teilen die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland und deren rechtliche und politische Grundlagen ablehnende Ideologie der AfD auf immer größere Teile der Bevölkerung zu verhindern, so mag der Verwendung dieses Begriffs hierfür zunächst einmal durchaus gerechtfertigt

[1] diese werden im hinteren Teil dieser Arbeit näher dargestellt werden (sb S. 26)
[2] vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Brandwand

erscheinen. Andererseits ist offensichtlich, dass die gewählte Konstruktion die ihr zugedachte Funktion nicht in der erwarteten Weise zu erfüllen vermag. Es stellt sich also (um im bildlichen Bereich des Bauwesens zu bleiben) die Frage: Reicht es, an der anscheinend fehlerhaften Konstruktion des Bauwerks etwas zu ändern, oder muss gar das Ganze eingerissen und der zugrunde liegende Plan aufgegeben werden?

Auch ich habe die „Brandmauer“ gegenüber der AfD lange Zeit für richtig, ja für geradezu unerlässlich und unabdingbar gehalten. Und es ist für mich nach wie vor nahezu unerträglich, mit welcher Selbstverständlichkeit die Vertreter*innen dieser Partei auch in den öffentlich-rechtlichen Medien (denen sie ja am liebsten eher heute als morgen den Garaus machen würden [Stichwort: „Lügenpresse“]) Interviews geben und ihr gesellschaftliches Gift verbreiten können. Aber auch ich muss (an)erkennen, dass dieses Konstrukt ganz offenbar die ihm zugedachte Wirkung mehr oder weniger vollständig verfehlt. Aufklärung der Menschen über die wahren Ziele dieser Partei wird immer wieder als ein Mittel zur Eindämmung ihres Einflusses genannt, aber insofern ist etwa darauf hinzuweisen, dass sie in ihrem Wahlkampf in Sachsen-Anhalt ihre Ziele (z.B. zur Kündigung des Medienstaatsvertrags und damit zur Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens oder zur Einschränkung der ohnehin schon unzureichenden Möglichkeiten für Kinder mit Behinderungen, öffentliche Schulen zu besuchen [womit die Verletzung von der Bundesrepublik Deutschland eingegangener internationaler Verpflichtungen verbunden wäre]) sehr wohl sehr deutlich gemacht hat – und trotzdem (oder doch gerade deswegen[?]) von fast 42% der wählenden Bevölkerung die Stimme bekommen hat. Und die AfD beherrscht allem Anschein nach geradezu meisterhaft die Klaviatur der so genannten sozialen Medien, womit sie sich den unschätzbar wichtigen Zugang zu den jüngeren Wähler*innen sichern kann, die in ihren Ansichten noch nicht wirklich gefestigt und daher leichter beeinflussbar sind. Wie also vorgehen, um unsere Demokratie und damit unseren Staat (und letztlich die Menschen in Deutschland) vor einer Entwicklung zu schützen, die nach der Einschätzung nicht gerade weniger Menschen im Verlust vieler persönlicher Freiheiten, möglicherweise sogar gesellschaftlichen Wohlstands oder noch Schlimmerem enden könnte?

Der Blick „über’n Zaun“

Das Erstarken rechter und nationalistischer Parteien ist nun keinesfalls ein rein deutsches Phänomen. Vielmehr können wir ein Erstarken solcher Gruppen, Parteien und Bewegungen überall in Europa, ja weltweit beobachten. Dennoch befindet sich Deutschland aufgrund seiner Geschichte durchaus in einer besonderen Situation: In

keinem anderen Land hat das Erstarken einer rechtsnationalen Partei und die letztliche Übernahme der Regierungsgeschäfte durch diese zu mehr Unheil geführt als hier. Und obwohl kaum davon auszugehen sein dürfte, dass sich eine Katastrophe vom Ausmaß des so genannten „Dritten Reichs“ wiederholen können wird, werden alle von dieser Katastrophe betroffenen Personengruppen befürchten müssen, in ihren (Menschen-)Rechten beschnitten und/oder sogar in ihrer physischen Existenz beeinträchtigt zu werden, sollte die AfD einmal Regierungsverantwortung im Bund erlangen können. Diese Gruppen werden ein besonderes Interesse daran haben und es in besonderem Maße im Blick behalten (müssen), den Einfluss dieser Partei auf die deutsche Politik möglichst klein zu halten und ihre Beteiligung an Regierungen möglichst weitgehend zu verhindern. Doch wie kann solches ohne die „Brandmauer“ gelingen? In einigen europäischen Ländern waren bereits rechte/rechtspopuliatische Parteien in Regierungsverantwortung oder mittelbar an ihr beteiligt. Vielleicht lohnt es sich, einen Blick auf die Entwicklungen in diesen Ländern zu werfen.

Polen

Acht Jahre lang wurde die polnische Regierung von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS)[3] gestellt. In dieser Zeit wurde insbesondere die rechtsprechende Gewalt (die Justiz [Gerichtsbarkeit]) grundlegend „umgebaut“ und hierdurch weitestgehend ihrer Unabhängigkeit beraubt. Da eine unabhängige Justiz als eine unverzichtbare Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie angesehen wird, sperrte die EU-Kommission dem EU-Mitgliedsland finanzielle Hilfen in erheblicher Höhe. Dennoch ließ sich die PiS-Führung nicht von ihrem nationalistischen Kurs abbringen. Bei den Parlamentswahlen 2023 verlor die Partei ihre Mehrheit und konnte durch eine proeuropäisch gesinnte Koalition abgelöst werden.[4] Deren Bemühungen, den von den PiS-Regierungen betriebenen Umbau des Staates hin zu einem wirklich demokratisch organsierten System wieder zurückzudrehen, kommen jedoch aus verschiedenen Gründen nur recht langsam voran. Neben der Uneinigkeit der links-liberalen Koalition etwa bei der Umsetzung von Frauenrechten kommt die in Polen recht starke Stellung des Staatspräsidenten[5] hinzu, der sehr viele vom Parlament getroffene Entscheidungen mit seinem Veto blockieren kann. Diese Position wurde nach dem Verlust der Parlamentsmehrheit zunächst weiterhin von einem PiS-Mann besetzt. Hoffnungen, diese Situation könne sich nach den Präsidentschaftswahlen von 2025 ändern, zerschlugen sich jedoch: In einer äußerst knappen Entscheidung[6] wurde der

[3] nähere Informationen zu dieser Partei s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Prawo_i_Sprawiedliwo%C5%9B%C4%87
[4] vgl. hierzu den Artikel „Rechtspopulismus in Polen: Kaczynski will die ganze Macht“
[5] s. etwa https://de.wikipedia.org/wiki/Staatspr%C3%A4sident_(Polen)#Aufgaben_und_Befugnisse
[6] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Karol_Nawrocki#Politische_Aktivit%C3%A4t_bis_zur_Pr%C3%A4sidentschaft

von der PiS unterstützte, formal allerdings unabhängige Kandidat Karol Nawrocki zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Er blockiert seither viele wichtige vom Parlament getroffene Entscheidungen. So eskalierte vor wenigen Tagen der Streit um die (allmähliche) Wiederherstellung der Unabhängigkeit des polnischen Verfassungsgerichts: dessen noch von der PiS eingesetzter Präsident verweigerte einem im September neu gewählten Richter den Zutritt zu seinem Arbeitsplatz, weil er nicht vom Präsidenten vereidigt worden sei.[7]

Das Beispiel Polen zeigt zwei Aspekte: Zum einen wird zwar deutlich, dass eine auf legalem Wege (durch demokratische Wahlen) in Regierungsverantwortung gekommene, in ihrem Kern jedoch eine Abschaffung oder zumindest Schwächung des demokratischen Systems verfolgende Partei auch durch demokratische Wahlen wieder aus dieser abgelöst werden kann. Andererseits zeigt sich, wie schwer es sein kann, einen einmal erfolgten Abbau demokratischer Institutionen und Strukturen wieder rückgängig zu machen.

Ungarn

Doppelt so lange wie die PiS in Polen regierte die Fidesz[8] in Ungarn[9]. Auch sie hatte einen weitgehenden Ab- und Umbau demokratischer Errungenschaften und Institutionen betrieben, vor allem aber auch die Rechte von Minderheiten (insbesondere queerer Menschen) extrem eingeschränkt. Darüber hinaus hatte sie zusammen mit ihrem Koalitionspartner KDNP[10] sogar gleich mehrfach das Wahlrecht geändert, um diesem Bündnis möglichst dauerhaft eine (für Verfassungsänderungen notwendige) Zweidrittelmehrheit im Parlament zu sichern. Ironischerweise führte genau dies in Verbindung mit großer Unzufriedenheit in der Bevölkerung, resultierend aus einem gravierenden wirtschaftlichen Niedergang des Landes, letztlich zum Ende der von der Fidesz geführten Regierung: Bei der Parlamentswahl vom 12. April 2026 gelang es der von Péter Magyar geführten Tisza (Respekt- und Freiheitspartei)[11] quasi aus dem Stand, mit nur 53,2% der abgegebenen Stimmen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erobern. Die neu gewonnene Macht nutzte die Tisza recht umgehend dazu, in einem durchaus nicht unumstrittenen Verfahren[12] den von der Fidesz-Mehrheit 2024 gewählten Staatspräidenten aus dem Amt zu entfernen und durch

[7] vgl. https://www.dw.com/de/polen-der-machtkampf-um-das-verfassungsgericht-eskaliert/a-79668299
[8] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Fidesz_%E2%80%93_Ungarischer_B%C3%BCrgerbund
[9] Einzelheiten hierzu entnehmen Sie bitte dem Artikel „Parlamentswahl in Ungarn“
[10] Näheres zu dessen politischer Ausrichtung finden Sie auf https://de.wikipedia.org/wiki/Kereszt%C3%A9nydemokrata_N%C3%A9pp%C3%A1rt#Politische_Ausrichtung
[11] Informationen zu dieser Partei s. https://de.wikipedia.org/wiki/Tisztelet_%C3%A9s_Szabads%C3%A1g_P%C3%A1rt
[12] s. hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftswahl_in_Ungarn_2026#Hintergrund

einen eigenen Kandidaten zu ersetzen. Mit diesem politischen Schachzug konnten Péter Magyar und die Tisza ähnliche Probleme wie die in Polen aufgetretenen umgehen; schließlich hat das ungarische Staatsoberhaupt eine dem polnischen durchaus vergleichbare Machtfülle – wenn nicht gar eine größere[13] (Magyar hatte ja ausreichend Gelegenheit, die Entwicklung in Polen zu verfolgen und hieraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen)

Die Fidesz-Regierung diente einst der polnischen PiS als Vorbild. Wohl nicht zuletzt wegen der längeren Regierungszeit waren die von ihr unternommenen Aktionen noch weiterreichend als die der PiS. Das dürfte insbesondere für die Einschränkung von Rechten von Minderheiten gelten. aber auch für die sehr weitgehende Ausschaltung freier und unabhängiger Medien. Das Ende ihrer Regierungszeit wurde gewissermaßen „von innen heraus“ eingeleitet: Magyar war Fidesz-Mitglied, seine Ex-Frau, Judit Varga, zeitweilig Justizministerin. In dieser Eigenschaft war sie in einen Korruptionsskandal verwickelt, der sie und die seinerzeitige Staatspräsidentin das Amt kostete. In der Folge kritisierte er immer heftiger die „Doppelmoral und strukturelle Korruption“ des von der Fidesz eingerichteten Systems, aus dem er sich lösen wolle, weil er „die Lügen nicht länger ertragen“ könne. Er trat in die Tisza-Partei ein, wurde deren stellvertretender Vorsitzender, errang mit ihr bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 30% der Stimmen und einen eigenen Sitz – und schließlich den Wahlsieg über den langjährigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán.[14] Dieser ist gerade einmal ein halbes Jahr her. Noch ist es zu früh, um die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen um die von ihm angekündigte Rückkehr zu einem demokratischen System wirklich beurteilen zu können. Soweit mir bekannt ist, hat es bei der Re-Liberalisierung der Medien bereits erste Erfolge gegeben. Ein wirklicher Prüfstein dürfte allerdings werden, ob er und seine Partei bereit sind, die von Fidesz vorgenommenen Änderungen am Wahlrecht zurückzunehmen, die deren Macht sichern sollten und ihm letztlich zu ihr verholfen haben. Die Versuchung könnte groß sein…

Niederlande

In den Niederlanden wurde bei den Parlamentswahlen 2023 mit der von Geert Wilders geführten „Partij voor de Vrijheid“ (PVV)[15] erstmals in der Geschichte dieses Landes eine rechtspopulistische Partei stärkste Kraft. Die Umstände, die zu diesem Wahlsieg führten, waren extrem komplex; sie hier im Einzelnen darzustellen würde

[13] zu den Kompetenzen des ungarischen Präsidenten s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sident_von_Ungarn#Kompetenzen
[14] Einzelheiten zu diesen Vorgängen können Sie auf https://de.wikipedia.org/wiki/P%C3%A9ter_Magyar#Einstieg_in_die_Politik nachkesen.
[15] s. auch unter https://de.wikipedia.org/wiki/Partij_voor_de_Vrijheid

den Rahmen dieser Arbeit vollständig sprengen.[16] Maßgebend für ihn war – neben einigen strategischen Fehlern der bisher die Regierung führenden Partei VVD (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) des für das Amt des Regierungschefs bei dieser Wahl nicht mehr antretenden Mark Rutte – die Person Geert Wilders (zwei von mir gefundenen Quellen zufolge nicht nur Vorsitzender, sondern auch einziges Mitglied der PVV). Illustriert werden mag dies durch Zuschreibungen zweier seiner Landsleute: Einen „Händler der Angst“ hatte ihn bereits 2005 der niederländische Schriftsteller Geert Mak genannt. Und Sarah de Lange, Professorin für politischen Pluralismus an der Universität Amsterdam, charakterisierte ihn mit den Worten: „Wilders bietet den Wählern ein parlamentarisches Ventil für ihre Ängste vor Überfremdung. Er weiß wie kein anderer, die allgemeine Verunsicherung zu nutzen.“ Ähnlich wie auch die AfD in Deutschland heute machte Wilders einen „konstanten Zustrom unendlich vieler Asylbewerber“ für nicht zu leugnende Probleme verantwortlich (etwa den Mangel an [bezahlbarem] Wohnraum oder Mängel in der Gesundheitsversorgung). Zudem gab es eine hohe Politikverdrossenheit wegen mehrerer (und zudem nur ungenügend aufgearbeiteter) politischer Fehler, die sich in den insgesamt vier von Mark Rutte geführten Regierungen angehäuft hatten.

Nach siebenmonatigen(!) Verhandlungen konnte eine aus vier Parteien bestehende Koalitionsregierung gebildet werden – allerdings ohne Wilders als Ministerpräsident und ohne dass dieser seine radikalsten Forderungen (zu denen die Schließung aller Moscheen und ein Verbot des Koran gehörten) durchsetzen konnte. Zwei der drei Koalitionspartner der PVV hatten einen Verzicht Wilders’ auf das Amt des Regierungschefs zur Bedingung für die Zusammenarbeit gemacht. Dennoch stand diese Regierung von Anfang an auf sehr wackeligen Füßen. Und gerade einmal 11 Monate und einen Tag(!) nach ihrem Amtsantritt war es niemand anderes als – Geert Wilders, der mit der Ankündigung ihr Ende einläutete, seine Partei werde wegen der Uneinigkeit in der Asylpolitik ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen (die PVV wollte weitergehende als im Koalitionsvertrag vereinbarte Änderungen des Asylrechts durchsetzen). Bei der Neuwahl vom 29. Oktober 2025 verlor die PVV 6,8 Prozentpunkte und wurde mit 16,7% der Stimmen knapp von der linksliberalen D66[17] geschlagen, die auf 16,9% kam.[18] Seither wird das Land von einer aus drei Parteien bestehenden Minderheitsregierung geführt (sie verfügt in der dem Deutschen Bundestag vergleichbaren „Tweede Kamer“ über 66 der 150 Sitze und in der „Eerste Kamer“ [Senat] sogar nur über 22 der 75 Sitze).[19]

---

[16] Sie sind ausführlich in dem extrem aufschlussreichen Artikel „Rechtspopulismus in den Niederlanden“ dargestellt; er findet sich auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de)
[17] mehr zu dieser Partei auf https://de.wikipedia.org/wiki/Democraten_66
[18] s. im Einzelnen https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_den_Niederlanden_2025
[19] s. hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Jetten

Die Geschichte der Beteiligung einer rechtspopulistischer Partei an der Regierung des Landes bzw. sogar deren Führung ist in den Niederlanden erkennbar anders verlaufen als in Polen oder Ungarn. Es gewann eine Partei die Wahlen, mit der die anderen Parteien des Landes über fast die gesamte Dauer ihrer bisherigen Existenz hinweg eine Zusammenarbeit ausgeschlossen hatten (lediglich die VVD hatte im Wahlkampf 2023 nach dem Verzicht Mark Ruttes auf eine erneute Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten angedeutet, eine Zusammenarbeit mit der PVV nicht länger völlig auszuschließen). Insofern ist ihre seinerzeitige politische Situation in den Niederlanden mit der heutigen der AfD in Deutschland vergleichbar. Sie hat nach ihrem Wahlsieg (mit dem sie – bedingt durch das niederländische Wahlrecht, das keine 5%-Hürde kennt und somit für eine Vielzahl kleinerer Parteien im Parlament sorgt und klare Wahlerfolge eher verhindert – nur eine eher knappe relative Mehrheit erreichen konnte) von ihren radikalen Forderungen insbesondere zur Begrenzung der Einwanderung nur relativ wenig im Koalitionsvertrag unterbringen können und musste zudem auf das Amt des Ministerpräsidenten verzichten. Dass sie – in Person von Geert Wilders – dennoch weiter auf diesen Positionen beharrte und sie durchzusetzen trachtete (und damit nach einer nun wirklich nicht sehr langen Amtszeit selbst den Fall der von ihr erst initiierten Regierung einleitete) führte bei den unausweichlich anstehenden Neuwahlen nicht nur zum Verlust ihrer Position als stärkste Kraft im Parlament, sondern offenbar auch bei den anderen Parteien des Landes zu der Erkenntnis, dass eine Zusammenarbeit mit ihr in einer Regierung kein allzu erstrebenswertes Ziel darstellt. Andererseits muss festgehalten werden, dass sie trotz des unverkennbaren Vertrauensverlustes beim Wahlvolk als zweitstärkste Kraft im Parlament immer noch eine beachtliche Position behaupten konnte. Es scheint also, dass ein stures Festhalten einer rechtspopulistischen Partei an ihren politischen Zielen und das Bemühen, diese auch gegen den Widerstand von Koalitionspartnern durchzusetzen, zwar zu einem Vertrauensverlust bei bestimmten Wählergruppen führen kann, ihr jedoch andererseits offenbar ein großer Teil ihrer Stammwähler weiterhin die Treue zu halten bereit ist.

Dänemark

Die Geschichte rechtspopulistischer Parteien in Dänemark und ihres Einflusses auf die Politik dieses Landes erscheint als eine sicherlich etwas besondere. Wesentlich begründet und längere Zeit entscheidend vorangetrieben wurde die Etablierung rechtspopulistischer Positionen und diese umsetzender Politik in diesem Land durch die 1995 im Zuge einer Abspaltung von der eher konservativ ausgerichteten Konservativen Volkspartei (KF)[20] entstandene Dänische Volkspartei (DF)[21]. Indem sie ins-

[20] Näheres s. auf https://de.frwiki.wiki/wiki/Parti_du_progr%C3%A8s_(Danemark)

besondere die Begrenzung der Zuwanderung thematisierte konnte sie bei den Wahlen zum dänischen Parlament, dem Folketing[22], zunächst große Erfolge erzielen. Bei ihrem ersten Antreten 1998 erreichte sie bereits 7,4% der Wählerstimmen, während die KF 6,1% ihres Stimmenanteils einbüßte. Dieses Ergebnis steigerte sie in den folgenden drei Wahlen (bis zur vorgezogenen Wahl 2007) kontinuierlich auf 13,9% der Wählerstimmen. Bei diesen Wahlen wurde sie jeweils drittstärkste Kraft im Folketing, nachdem sie 1998 den fünften Platz belegt hatte, und holte auch jeweils mehr Stimmen als die KF. Nach einem moderaten Rückgang 2011 steigerte sie 2015 ihren Stimmenanteil sprunghaft um 8,8 Prozentpunkte auf 21,1% (die KF erreichte nur noch 3,4%). Doch in den beiden folgenden Wahlen lief es nicht gut für die DF: Sie fiel bei den Wahlen 2019 auf nur noch 8,7% zurück (womit sie immer noch mit einem knappen Vorsprung von 0,1 Prozentpunkten den dritten Platz im Folketing behaupten konnte, nachdem sie zuvor zweitstärkste Kraft geworden war), um nach den Wahlen von 2022 mit einem Stimmenanteil von 2,6% so gut wie keine Rolle mehr zu spielen.[23]. Bei den diesjährigen Wahlen (2026) konnte sie ihr Ergebnis dann wieder auf 9,1% steigern und fünftstärkste Kraft werden.[24]

Der Politikwissenschaftler Christian Rostbøll von der Universität Kopenhagen erklärt den Aufstieg der Partei folgendermaßen: ‚Die Ausländerpolitik war immer das Hauptthema für die Dänische Volkspartei. Sie hatten das Monopol darauf. Sie haben es auf die Tagesordnung gesetzt und waren die einzigen, die darüber gesprochen haben.‘ Diese klare Positionierung machte die Partei besonders und trug maßgeblich zu ihrer Beliebtheit bei.“[25] Einer der Gründe für ihren Einbruch 2019 (möglicherweise ein etwas überbewerteter) war die Übernahme ihrer Anti-(Im-)Migrations-Positionen durch andere Parteien, insbesondere auch durch die Sozialdemokraten[26]. Diese gelangten 2019 in die Regierungsverantwortung, in die nach ihrem Wahlerfolg 2015 auch die DF zumindest zeitweilig eingebunden war.[27] Hierzu zitiert „tagesschau.de“ den Politikwissenschaftler Kasper Møller Hansen von der Universität Kopenhagen wie folgt: „Die Sozialdemokraten haben gesehen, dass man eine Wahl nach der anderen wegen der Ausländerpolitik verloren hat. Sie haben erkannt, dass sie sich dahin bewegen müssen, wo die Wähler sind.“ Es sei also auf jeden Fall Strategie. Aber es liege

---

[21] vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Dansk_Folkeparti
[22] Näheres zum politischen System Dänemarks auf https://klitly.de/politisches-system-daenemark/
[23] Um ins Folketing einzuziehen benötigt eine Partei 2% der Wählerstimmen.
[24] Alle vorstehend dargestellten Wahlergebnisse sind den Wikipedia-Seiten „de.wikipedia.org/wiki/Folketingswahl_xxxx “(„xxxx“ steht für die jeweilige Jahresszahl) entnommen.
[25] Dieses Zitat ist dem Artikel „Dänemarks Rechtspopulisten: Wie sie die Asylpolitik prägten“ entnommen; online auf https://www.kettner-edelmetalle.de/news/danemarks-rechtspopulisten-wie-sie-die-asylpolitik-pragten-12-09-2024
[26] vgl. ebenda
[27] Nach ihrem Wahlerfolg 2015 war die DF zunächst Teil der Minderheitsregierung des Kabinetts Lars Løkke Rasmussen II. Nach einer Regierungsumbildung im November 2016 war sie nicht mehr Regierungspartei, stützte aber das Kabinett Lars Løkke Rasmussen III bis zu den Wahlen 2019.

auch etwas sehr Konkretes darin.[28] Mitentscheidend seien die (in Deutschland als „Flüchtlingskrise“ bezeichneten; Anm. d. Verf.) Ereignisse von 2015 gewesen, erklärt er weiter: „Es war ein sehr eindrückliches Bild für viele Dänen, als syrische Flüchtlinge 2015 über die dänische Autobahn gelaufen sind. Man hat gesehen, dass man nicht allen helfen kann, und begonnen, ganz offen darüber zu reden, dass die Anzahl der Menschen, die ins Land kommen, etwas bedeutet.“ Inzwischen stehe eine breite Mehrheit sowohl der Politiker als auch der Däninnen und Dänen hinter der harten Ausländerpolitik. Und hinter der Absicht, die Anzahl der Asylsuchenden mit fast allen Mitteln niedrig zu halten. „Das bedeutet, dass die Ausländer-Frage in Dänemark gar nicht mehr diskutiert wird. Es gibt einen Konsens unter den politischen Parteien, eine Mehrheit im Parlament, die sagt, es muss eine strenge Ausländerpolitik geben, und die Wähler sehen das eigentlich auch so. Die Sozialdemokraten haben dieses Thema von der politischen Tagesordnung verbannt.“, wird Møller Hansen weiter zitiert.[29]

Das Beispiel Dänemark zeigt eine durchaus beunruhigende Entwicklung auf: In dem Land ist es zwar gelungen, rechtsgerichtete Parteien wieder aus dem Parlament herauszubekommen bzw. in ihrer Stärke wesentlich zu reduzieren; ihrem politischen Einfluss haben sie damit jedoch in keiner Weise verloren. Das Gegenteil ist der Fall, wie nicht zuletzt durch die oben abschließend zitierte Einlassung des Politologen Møller Hansen recht eindrucksvoll belegt wird. Es mag sein, dass ein bevölkerungsmäßig kleines Land wie Dänemark mit einer solchen „strengen Ausländerpolitik“ recht gut klarkommen kann. Verfestigen sich Ressentiments gegen Ausländer jedoch in der Bevölkerung eines großen Landes wie Deutschland, das langfristig aus rein wirtschaftlichen Gründen, nicht zuletzt aber auch aus demographischen (alternde Bevölkerung, Sicherung auskömmlicher Alterseinkommen) auf Zuwanderung angewiesen ist (und zumindest auf absehbare Zeit bleiben wird), könnten sich daraus durchaus problematische Folgen ergeben.

Schweden

Schweden war lange für eine großzügige Einwanderungs- und Integrationspolitik bekannt. Zeitweilig galt es als das europäische Land, das gemessen an seiner Einwohnerzahl die meisten Asyl suchenden Menschen aufnahm. Doch diese liberale Haltung scheint in den letzten Jahren (etwa seit 2015, weiter verstärkt seit Anfang der 2020-er Jahre) immer mehr negative Folgen zu zeitigen: immer häufiger wird über zunehmende Bandenkriminalität und eine teils extrem hohe Mordrate besonders in den größeren Städten berichtet. Teils wird auch eine hohe Quote bei Sexualstrafta-

[28] „Asylpolitik in Dänemark: Harte Gangart mit Signalwirkung“; tagesschau.de vom 28.09.2023, 05:39 Uhr.
[29] vgl. ebenda

ten beklagt. Diese Entwicklungen begünstigten letztlich den parlamentarischen Aufstieg und Machtzuwachs der „Schwedendemokraten“, einer Partei, die sich nach einer durchaus wechselvollen Geschichte[30] spätestens seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Jimmie Åkesson[31] zu einer ausländer- und insbesondere islamfeindlichen Partei entwickelte[32]. So soll Åkesson in Wahlkampfreden vor der Reichstagswahl vom 13. September 2026 über einen Strafrabatt für migrantische Vergewaltiger fantasiert und einer seiner Mitstreiter für den Fall eines Wahlsiegs den Abriss von Moscheen gefordert haben[33]. Seit Oktober 2022 hatte die Partei erheblichen Einfluss auf die schwedische Politik, da sich die Minderheitsregierung des bürgerlich-konservativen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson von ihr stützen ließ.[34]
Befürchtet worden war vor diesjährigen Wahl, die Schwedendemokraten, seit 2022 bereits zweitstärkste Kraft im Reichstag (noch vor der „Moderaterna“ von Kristersson)[35] würden weiter zulegen und könnten als Teil einer Regierung sogar Ministerposten eingeräumt bekommen.[36] Doch es kam anders: Durchaus überraschend gelang dem linken Block unter Führung von Magdalena Andersson von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei trotz Stimmenverlusten von deren eigener Partei und leichten Stimmengewinnen von Kristerssons Moderterna ein (wenn auch recht knapper) Wahlsieg: mit 176 zu 173 Mandaten. Die Schwedendemokraten verloren 3,0 Prozentpunkte und fielen mit einem Stimmenanteil von 17,5% auf Platz drei der im Reichstag vertretenen Parteien zurück.[37]

Eine Erklärung für diesen für fast alle politischen Beobachter unerwarteten Rückgang des Stimmenanteils der „Schwedendemokraten“ findet sich in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 18. September 2026 in einem Kommentar von Michael Neudecker mit dem Titel „Hurra, es gibt einen klaren Verlierer: die Rechtspopulisten“[38]. Dort heißt es mit Blick auf die vorstehend erwähnte Rolle der Schwedendemokraten in den vergangenen vier Jahren: „Die Rechtspopulisten konnten die Politik beeinflussen, ohne dafür Verantwortung übernehmen zu müssen. Sie sorgten für eine Politik, in der jugendliche Straftäter mitunter behandelt wurden wie Erwachsene und Asylsuchende wie potenzielle Kriminelle. Es war eine Politik, in der die Grenzen zwischen Härte

---

[30] vgl. hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Sverigedemokraterna#Geschichte
[31] zur Person s. https://de.wikipedia.org/wiki/Jimmie_%C3%85kesson
[32] gut illustriert durch den „SPIEGEL“-Artikel „Die Schwedendemokraten greifen nach der Macht“ vom 12.09.2026, 15.47 Uhr (kostenpflichtig!)
[33] vgl. ebenda
[34] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Regierung_Kristersson
[35] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_zum_Schwedischen_Reichstag_2022
[36] s. hierzu den Artikel „Kehrtwende in Schweden – Rechtspopulisten als Teil der künftigen Regierung?“ auf tagesschau.de vom 02.04.2026, 09:19 Uhr und nochmals den erwähnten „SPIEGEL“-Artikel (oben Fn 27)
[37] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_zum_Schwedischen_Reichstag_2026
[38] online auf https://www.sueddeutsche.de/meinung/schweden-wahl-rechtspopulismus-sozialdemokraten-kommentar-li.3549530 (kostenpflichtig!)

und Herzlosigkeit verschwammen. Vielen Schweden ging das offensichtlich zu weit. Sie wehrten sich mehrheitlich gegen einen weiteren Rechtsruck.“ Obwohl Neudecker davon ausgeht, dass auch die künftige schwedische Regierung eine „strikte Zuwanderungspolitik“ verfolgen wird und darauf hinweist, „dass sich die Wahlen in verschiedenen Ländern nicht direkt miteinander vergleichen lassen, kulturelle und systempolitische Unterschiede führen schließlich zu unterschiedlichen Entscheidungsgründen. Zumal kaum eine rechtspopulistische Partei in Europa derart rechtsradikal auftritt wie die AfD, nicht einmal die Schwedendemokraten, die einst von Altnazis gegründet wurden“, stellt er abschließend fest: „Und doch lässt das schwedische Resultat zumindest einen Schluss zu, der den Parteien der Mitte in anderen Ländern Mut machen darf. Auch Rechtspopulisten bleiben nicht von den Dynamiken einer funktionierenden Demokratie verschont.“

Obwohl ich angesichts der in dem weiter oben erwähnten „SPIEGEL“-Artikel beschriebenen Einzelheiten über die von führenden Vertretern der Schwedendemokraten vertretenen und verbreiteten Ansichten und Parolen die Ansicht nicht zu teilen vermag, diese seien weniger radikal als die AfD (mir scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein), und auch die abschließende Bemerkung Neudeckers eher „kryptisch“ als tatsächlich hilfreich empfinde, liefert sein Kommentar wichtige Hinweise: Mit der (informellen) Einbindung der Partei in die Regierungsarbeit war „die schwedische Version der Brandmauer“ gefallen; dass die Partei dennoch ihre Forderungen und Parolen nicht mäßigte, trieb eine große Zahl der schwedischen Wahlberechtigten an die Wahlurnen (die Wahlbeteiligung lag bei 85%) und trieb (anders als bei den vorhergehenden Wahlen[?]) offenbar auch solche Menschen zur Stimmabgabe, die mit solch’ extremen Parolen und Forderungen eben nicht einverstanden waren.

Osteuropa

Auch in Tschechien und der Slowakei wurden zeitweise (und werden gerade wieder) Regierungen von rechtsnational orientierten Parteien und Politikern geführt. Deren Regierungen wurden zunächst (teils nach politischen Skandalen) durch demokratische Wahlen abgelöst und durch liberalere und pro-europäisch gesinnte ersetzt. Diese vermochten jedoch das Vertrauen der Wähler*innen ebenfalls nicht dauerhaft zu gewinnen, so dass die wegen Skandalen abgewählten Kräfte bereits nach relativ kurzer Zeit erneut „ans Ruder“ gelangen konnten. In Tschechien konnten diese Kräfte sehr aktuell einen bedeutenden Erfolg verbuchen: Am frühen Morgen des 24. Oktober 2026 stimmte das Parlament der Tschechischen Republik in erster Lesung einem Gesetzentwurf der rechtspopulistischen Regierung[39] des Unternehmers und

[39] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Regierung_Andrej_Babi%C5%A1_III

euro-kritischen Milliardärs Andrej Babiš[40] zu, dem zufolge die Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk des Landes abgeschafft und die Rundfunk- und Fernsehsender (mit einem Abschlag von 15%) künftig aus Steuermitteln finanziert werden sollen[41].Obwohl die Regierung und Babiš selbst eine künftig geplante Einflussnahme auf die Berichterstattung der Sender abstreiten gibt es durchaus ernstzunehmende Hinweise darauf, dass genau dies das eigentliche Ziel der nun eingeleiteten Gesetzesänderung sein könnte.

Den Ablauf der Ereignisse in diesen hier nur beispielhaft genannten Ländern näher darzustellen und zusätzlich (notwendigerweise) auf die beteiligten Protagonisten einzugehen würde den Rahmen dieser Arbeit über Gebühr ausweiten (wenn ihn nicht gar sprengen), ohne dass ein nennenswerter Mehrwert an Erkenntnissen zu erwarten wäre. Anhand der Erkenntnisse, die sich aus den Ereignissen, den Abläufen und der Situation in den vorstehend ausführlicher betrachteten Ländern gewinnen lassen liegt die Vermutung nahe, dass nicht allein die mangelnde Überzeugungskraft der Regierungen, die nach der Abwahl ihrer rechtspopulistischen Vorgänger in die Regierungsverantwortung gelangten, zu ihrem Scheitern und der erneuten Regierungsübernahme der Rechtspopulisten führte. Viel Ausschlag gebender dürfte möglicherweise gewesen sein, dass es diesen bereits in ihrer ersten Regierungszeit gelungen war, wichtige Strukturen in ihren Ländern so zu verändern und wichtige Posten in den Verwaltungen mit ihre Vorstellungen vertretende Personen zu besetzen, dass der hierdurch bewirkte Abbau demokratischer Errungenschaften nicht innerhalb einer angemessenen Zeit rückgängig zu machen war – und so die hieraus resultierende Unzufriedenheit (und womöglich zusätzlich ein Mangel an sowohl politischen als auch personellen Alternativen) paradoxerweise (und doch irgendwie auch wieder zwangsläufig) die alten Eliten wieder „nach oben spülen“ konnte.

Erste Folgerungen

Zunächst einmal ergibt sich ein beruhigender Befund: Es ist möglich, auf demokratischem Weg in Regierungsverantwortung gelangte rechte/rechtspopulistische Parteien auf demokratischem Weg auch wieder aus dieser zu entfernen. Diesem an und für sich positiven Befund fügt sich jedoch ein weiterer an, der ihn in beträchtlichem Maße zu relativieren vermag: Während ihrer Regierungszeit gelingt es diesen Parteien – dem Anschein nach möglicherweise unabhängig von der Dauer ihrer Regierungszeit – die politischen Strukturen des von ihnen jeweils regierten Staates in einer Weise zu verändern, dass ein erneuter Umbau hin zu solchen eines eindeutig demo-

[40] zur Person s. https://de.wikipedia.org/wiki/Andrej_Babi%C5%A1
[41] zu Einzelheiten und zum Folgenden s. https://medien.epd.de/article/5444

kratischen Rechtsstaates schwierig bis sehr schwierig zu realisieren ist und möglicherweise weitaus mehr Zeit erfordert als ihr zuvor erfolgter Abbau. Insbesondere dieser letztgenannte Umstand kann wiederum eine (erneute und/oder anders gearte-te) Unzufriedenheit in der Bevölkerung und selbst bei den Menschen auslösen, die die Ablösung der rechten/rechtspopulistischen Kräfte herbeigeführt haben – mit der Folge, dass die die Demokratie und die mit ihr verbundenen persönlichen und gesellschaftlichen Freiheiten ablehnenden Kräfte erneut in größerem Umfang Stimmen sammeln und so erneut in Regierungsverantwortung gelangen können.

Zudem zeigt sich ein Effekt, der nach meinem Dafürhalten größere Besorgnis auslösen sollte: Auch (gerade?) in Staaten, in denen rechte/rechtspopulistische Parteien nicht oder nur indirekt an Regierungsverantwortung beteiligt waren, vermochten sie Regierungspolitik nachhaltig in ihrem Sinne zu verändern und sogar Einstellungen in der Bevölkerung zu beeinflussen (so etwa in Dänemark zu Fragen der Migration).[42] Jedoch zeigt sich in diesen Ländern positiv, dass es dort (jedenfalls soweit es bisher beobachtet werden kann) keine Angriffe auf staatliche Strukturen und/oder Institutionen gibt, die letztlich auf eine Gefährdung der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung hinauslaufen könnten.

Was bedeutet dies alles für die Frage der Effektivität bzw. Sinnhaftigkeit der Beibehaltung bzw. des Aufbaus einer „Brandmauer“, mit der sich die eine Verteidigung der derzeit gegebenen rechtsstaatlich-demokratischen Strukturen und der zugehörigen staatlichen Ordnung anstrebenden Parteien in Deutschland gegen ihre Konkurrenten mindestens abzugrenzen, möglichst aber zur Wehr zu setzen versuchen, die diese Strukturen und diese Ordnung zu beseitigen versuchen? Können die im Ausland gewonnenen Erkenntnisse zur Beantwortung dieser Frage überhaupt auf Deutschland übertragen oder wenigstens herangezogen werden?

Die spezifisch deutsche Situation

Es gibt ein Moment, das die Situation in Deutschland in wohl recht schwerwiegender Weise von der in allen anderen europäischen Ländern unterscheidet[43]: die Herrschaft der Nationalsozialisten, das so genannte „Dritte Reich“. Letztlich waren für deren Zustandekommen der Ausgang des Ersten Weltkriegs mit der Niederlage des

[42] Wenn sich alle Staaten (und Staatenverbünde [EU]) des „Westens“ (womit die reichen und entwickelten [Industrie-]Nationen gemeint sind, die u.a. für einen Großteil der den Klimawandel maßgeblich verursachenden Treibhausgas-Emissionen verantwortlich sind) in demselben Maße wie es derzeit beobachtet werden kann zu einer restriktiven Einwanderungspolitik entschließen bzw. diese weiterführen, könnte dies auf lange Sicht mindestens zu einer weltweiten humanitären Krise, schlimmstenfalls sogar zu weltweiten internationalen Spannungen bis hin zu (bewaffneten?) Konflikten führen.
[43] möglicherweise mit Ausnahme der Russischen Föderation; dies spielt jedoch für das hier erörterte Problem keine Rolle und kann daher nicht Gegenstand dieses Artikels sein

Deutschen Reichs, mehr aber und vor allem die Bestimmungen des auf diese folgenden Versailler Friedensvertrags[44] verantwortlich. Mit letzteren wurde dem Deutschen Reich die alleinige Schuld am Ausbruch dieses Krieges zugewiesen[45], was wiederum die Grundlage für Strafmaßnahmen gegen Deutschland darstellte. Zum einen wurden Deutschland hohe Reparationszahlungen auferlegt[46]; zudem musste es Gebiete an andere Staaten abtreten[47] und eine Besetzung des strategisch und wirtschaftlich wichtigen Rheinlands[48] hinnehmen. Die wirtschaftlichen, womöglich aber in noch stärkerem Maße die politischen Folgen dieses Vertrages führten im Ergebnis zur Destabilisierung der nach dem Ende des Kaiserreiches[49] entstandenen demokratisch verfassten „Weimarer Republik“[50] und letztlich zu deren Scheitern[51]. Der auf dieses folgenden Machtübernahme durch die von Adolf Hitler geführte NSDAP („Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“) waren Jahre lange immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und teils paramilitärischen Kräften dieser Partei und linken Kräften insbesondere der Kommunisten, aber auch anderer radikaler Linker vorausgegangen. Bekanntlich führte diese Herrschaft letztlich zu den Katastrophen des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs, durch die nahezu alle Staaten und Völker Europas in Mitleidenschaft gezogen wurden. Im ausgehenden 19. Jahrhundert und vor dem Ausbruch des Erstem Weltkrieges gab es in nahezu allen Staaten Europas national orientierte Parteien und Bewegungen, und die Politik der europäischen Staaten wurde in dieser Zeit maßgeblich von ihnen bestimmt. Doch in keinem anderen Land wurde durch sie eine auch nur annähernd vergleichbare Katastrophe verursacht. Das verleiht dem Erstarken rechter und den Vorrang des Nationalen betonender Kräfte und Parteien in Deutschland nicht nur eine besondere Dimension; es bewirkt auch, dass vom Ausland her mit besonderem Interesse auf solche Entwicklungen geschaut wird und diese deutschen Parteien selbst von aus-

---

[44] Dieses Vertragswerk ist ausführlich dargestellt auf https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_Versailles

[45] vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_Versailles#Kriegsschuldartikel_(Artikel_231)_als_Grundlage_f%C3%BCr_Reparationsforderungen

[46] vgl. hierzu ausführlich https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Reparationen_nach_dem_Ersten_Weltkrieg#Erste_Forderungen

[47] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_Versailles#Unmittelbare_Gebietsabtretungen

[48] zum Sachverhalt s. https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_Versailles#Rheinlandbesetzung, zur Bedeutung des Rheinlands sowohl für Deutschland als auch für Frankreich s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rheinlandbesetzung_(1936)#Vorgeschichte_des_Rheinlandes

[49] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Abdankung_Wilhelms_II.

[50] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik

[51] vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik#Gr%C3%BCnde_f%C3%BCr_das_Scheitern_der_Weimarer_Republik

ländischen Gesinnungsgenossen (zumindest auf dem europäischen Kontinent) durchaus kritisch beäugt werden. Das trifft auch auf die AfD zu.

Weitere Folgerungen

Die einzigen beiden Länder, in denen den Ergebnissen dieser Recherchen zufolge dem Konstrukt der deutschen „Brandmauer“ vergleichbare Haltungen gegenüber einer rechtspopulistischen Partei existierten, sind die Niederlande und Schweden. In den Niederlanden wurde diese Haltung im Vorfeld einer Wahl zum nationalen Parlament von der bisher die Regierung führenden Partei aufgegeben, nachdem der amtierende Ministerpräsident (der ein erklärter Verfechter dieser Abgrenzungsstrategie war) seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur für dieses Amt verkündet hatte. Der darauf folgende Wahlsieg der bislang ausgegrenzten Partei wurde jedenfalls von einigen politischen Beobachtern dahingehend interpretiert, dass sie durch den Verzicht auf diese Ausgrenzung ausgerechnet durch die bisher die Regierung anführende Partei gewissermaßen „hoffähig“ gemacht worden und somit die Hemmschwelle für die Entscheidung weggefallen sei, dieser Partei die Stimme zu geben. Wenn diese Einschätzung zutrifft könnte hieraus der Schluss gezogen werden, dass in diesem Fall der Verzicht auf das Aufrechterhalten einer Strategie der strikten Abgrenzung auch durch nur eine einzige Partei zu einer Art „Dammbruch“ führen kann (die anderen niederländischen Parteien hatten – soweit erkennbar – vor dieser Parlamentswahl ihre Abgrenzung gegenüber der PVV nicht aufgegeben; nach deren Wahlerfolg waren jedoch einige von ihnen bereit, mit ihr zu koalieren). Dieser Befund wird durch die Ergebnisse der niederländischen Parlamentswahlen in den Jahren 2012 - 2021 durchaus gestützt: bei diesen Wahlen erreichte sie jeweils zwischen 10,1% und 13,1% der Stimmen.

Ein in Teilen vergleichbares, aber dennoch letztlich ein anderes Ergebnis zeitigendes Szenario finden wir in Schweden vor: Dort war „die schwedische Version der Brandmauer“ 2022 gefallen, als sich eine von konservativen Parteien geführte Minderheitsregierung von den „Schwedendemokraten“ stützen ließ – wohlgemerkt: ohne sie an der Regierung zu beteiligen. Die Partei befand sich also im Prinzip in einer ähnlichen Position wie Geert Wilders (als Person) in den Niederlanden: sie konnte ihre radikalen Parolen und Bestrebungen weiter verbreiten und verfolgen und jedenfalls teilweise in die Regierungspolitik einbringen, ohne hierfür Verantwortung übernehmen zu müssen. Da somit die Positionen der Partei (und damit natürlich die Partei selbst) „enttabuisiert“ worden waren, war von den meisten politischen Beobachtern für die vier Jahre später stattfindenden nächsten Wahlen ein noch stärkeres Ergebnis dieser Partei mit der möglichen Folge einer direkten Regierungsbeteiligung erwartet (be-

fürchtet) worden. Sie alle waren überrascht, dass es – wie oben dargestellt – anders kam und am Ende nicht nur die „Schwedendemokraten“ ihre starke Position im Parlament, sondern darüber hinaus die bisher von ihnen gestützten konservativen Parteien ihre Regierungsverantwortung einbüßten. Anders als es bei der niederländischen PVV zu beobachten war können also die „Schwedendemokraten“ (jedenfalls zunächst einmal) nicht von ihrer Enttabuisierung profitieren.

Was heißt das für die deutsche „Brandmauer“?

Zunächst einmal ist festzustellen, dass das (gedankliche) Konstrukt einer „Brandmauer“, die an demokratischen, freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen orientierte politische Parteien gegenüber solchen konkurrierenden errichten (wollen), die diese Ordnungen ablehnen und eher autokratische Regierungsformen anstreben, in Europa nicht allzu verbreitet zu sein scheinen. Wo es bisher außerhalb Deutschlands angewendet und anschließend (aus jeweils unterschiedlichen Gründen) wieder fallengelassen wurde (klar erkennbar in gerade einmal zwei [in Ziffern: 2] Fällen), führte dies zu unterschiedlichen, ja nahezu gegensätzlichen Ergebnissen. Dies legt den Schluss zumindest nahe, dass politische Ereignisse in verschiedenen Ländern, so ähnlich sie auf den ersten Blick auch sein mögen, nur schwer und allenfalls eingeschränkt miteinander verglichen werden können (und demzufolge sollten) und gemachte Erfahrungen daher nur eher eingeschränkt auf andere Länder übertragen werden können (und sollten).

Weiter haben wir es in Deutschland in Anbetracht seiner historischen Erfahrungen mit extremistischen Parteien mit einer sehr spezifischen Situation zu tun. Diese zeichnet sich zudem dadurch aus, dass in nicht unbeträchtlichen Teilen der deutschen Parteien, die rechte Positionen und/oder gar „völkisches“ Gedankengut vertreten (und zu verbreiten trachten) mehr oder weniger große Teile des nachweisbar Geschehenen leugnen oder zumindest verharmlosen wollen. Dies führt dazu, dass Deutschland (jedenfalls im europäischen Ausland) „unter besonderer Beobachtung steht“.

Die Ausgangslage

Etwa seit 2015 hat sich die als „Euro-kritisch“ angetretene[52] Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in ihrer programmatischen Ausrichtung immer weiter nach „rechts“ entwickelt und ist aktuell jedenfalls in Teilen als eine verfassungsfeindliche, die derzeitige Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland

[52] Zur Erinnerung: Diese Position bezog sich seinerzeit ausschließlich auf die gemeinschaftliche Währung „Euro“, nicht aber auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU).

ablehnende und deren Bekämpfung propagierende Partei einzuordnen. Seitens der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) gibt es seit einer im Dezember 2018 getroffenen Entscheidung eines Bundesparteitages einen „Unvereinbarkeitsbeschluss“, der jegliche politische Zusammenarbeit mit der AfD (jedoch ebenso mit der Partei DIE LINKE) ausschließt. Während es bei der heute im Deutschen Bundesstag und in etlichen Landesparlamenten nicht mehr vertretenen Freie Demokratische Partei (FDP) einen vergleichbaren formellen Beschluss gibt, verfahren die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in gleicher Weise, ohne hierzu einen formellen Beschluss gefasst zu haben[53]. Ziel dieser Beschlüsse[54] bzw. dieses Verhaltens war (und ist es derzeit immer noch), den politischen Einfluss der AfD möglichst zu begrenzen und ihre Zustimmungswerte in der Bevölkerung zu verringern. (Als Kandidat für diesen Posten hatte der heutige CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzler Friedrich Merz im November 2018 das Ziel ausgegeben, die Wahlergebnisse der Partei „zu halbieren“[55]; bei der Bundwestagawahl 2017 hatte die AfD 12,6% der Stimmen gewonnen[56] und lag zum Zeitpunkt dieser Aussage in den Umfragen zwischen dreizehn und achtzehn Prozent[57]). Beide Ziele sind erkennbar nicht erreicht worden: die AfD gewann bei der Bundestagswahl 2025 20,8% der Stimmen, könnte – wie eingangs beschrieben – bald in Sachsen-Anhalt eine Landesregierung anführen und liegt in den bundesweiten Meinungsumfragen derzeit zwischen 27%[58] und 30%[59] (die Unionsparteien liegen in diesen Umfragen bei 20% bzw. 18%). Das ZDF-„Politbarometer“ vom 23. Oktober sieht in der „Sonntagsfrage“ die AfD bei 26% und CDU/CSU bei 23%.[60]. Als Fazit lässt sich also festhalten, dass die deutsche Version der „Brandmauer“ die ihr zugedachte Wirkung komplett verfehlt hat

Die Überlegungen

Betrachten wir noch einmal kurz die Entwicklung in den beiden Ländern, die eine der deutschen Konstruktion vergleichbare „Brandmauer“ zunächst anwendeten und später aufgaben:

---

[53] vgl. hierzu https://www.dw.com/de/was-ist-die-politische-brandmauer/a-78365733
[54] die jedoch nicht durchgängig eingehalten wurden; vgl. ebenda
[55] vgl. https://www.rnd.de/politik/merz-will-die-halfte-der-afd-wahler-wieder-zuruckgewinnen-LN42ZUD5A36W4FXRYM4WHZG7AE.html
[56] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_2017
[57] vgl. https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/merz-will-bei-afd-halbieren-versprechen-in-opposition-gewesen-sein/ar-AA1RXwmZ
[58] ARD-Deutschlandtrend vom 1.10.2026
[59] vgl. https://dawum.de/Bundestag/INSA/2026-10-03/
[60] s. https://www.zdf.de/video/magazine/politbarometer-344/261023-politbarometer-video-100 (Video)

In den Niederlanden schnellte der Stimmenanteil der PVV steil nach oben und brachte eine Partei, die bis dahin im Parlament eine eher untergeordnete Rolle gespielt hatte, in die (führende) Regierungsverantwortung. Nachdem sich herausstellte, dass sie dieser offensichtlich nicht gerecht werden konnte, verlor sie diese bei den darauffolgenden Wahlen wieder, erzielte aber dennoch ein Ergebnis, das noch immer deutlich über den vor der Aufgabe der „Brandmauer“ erzielten Stimmanteilen lag.

Die „Schwedendemokraten“ konnten ihren Stimmenanteil von den Wahlen von 2018 bis zu den nachfolgenden 2022 von 17,5% auf 20,5% steigern, woraufhin eine von konservativen Parteien gebildete Minderheitsregierung sich von ihr stützen ließ und ihr somit eine indirekte Einflussnahme auf die Regierungspolitik einräumte. Vier Jahre später fiel ihr Stimmenanteil wieder auf 17,5%, die regierenden konservativen Parteien verloren ihre Fähigkeit zur Regierungsbildung.

In diesen beiden Ländern hat also keine der betrachteten Parteien zu irgendeinem Zeitpunkt Wahlergebnisse erreicht, wie sie heute bei der AfD beobachtet werden bzw. sich in Umfrageergebnissen andeuten.[61] Auch insoweit sind Vergleiche zumindest schwierig und können Schlüsse allenfalls bedingt gezogen werden. Werfen wir daher noch einen Blick in die deutsche Vergangenheit:

Die Darstellung der Wahlerfolge der NSDAP ab 1930[62] legt nahe, dass es auch gegenüber dieser Partei seitens zumindest eines nicht unbeträchtlichen Teils der seinerzeit tonangebenden Parteien eine Art „Brandmauer“ gab, die jedoch angesichts der politischen Krise[63] spätestens ab dem 4. Januar 1933 gefallen war[64]. Die folgende Fehleinschätzung, einen Reichskanzler Adolf Hitler mit nur zwei der NSDAP angehörenden Ministern „unter Kontrolle halten“ und so die (durchaus befürchtete) Errichtung einer Diktatur zumindest vorerst verhindern zu können[65], kann wohl für die hier zu erörternde Frage außer Betracht bleiben. Wichtig scheint mir jedenfalls die Erkenntnis zu sein, dass es auch gegenüber Hitler und der NSDAP den Versuch der Ab- und Ausgrenzung gegeben hat (wobei andererseits auch die Ereignisse um den „Hitlerputsch“ von 1923[66] und das auf diesen folgende Verbot der Partei [bis 1925] nicht vergessen werden dürfen).

---

[61] Bei dieser Aussage wird (bewusst, weil vereinfachend) außer Acht gelassen, dass dies ein Stück weit dem anders gestalteten Wahlrecht in diesen Ländern geschuldet ist.
[62] s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei#Wahlerfolge_ab_1930
[63] diese äußerte sich v.a. darin, dass für Regierungen keine parlamentarischen Mehrheiten mehr zustande kamen, was zur so genannten „Ära der Präsidialkabinette“ führte
[64] vgl. hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik#Ende_durch_die_nationalsozialistische_Macht%C3%BCbernahme_(1933)
[65] vgl. ebenda
[66] s. hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Hitlerputsch

Zusammengefasst: In den zwei Ländern, in denen ein der deutschen „Brandmauer“ vergleichbares Konstrukt bestand und letztlich (aus unterschiedlichen Gründen) aufgegeben wurde, hat dies nicht zu demselben Ergebnis geführt; zudem ist unsicher, ob sich die derzeit beobachtbaren Ergebnisse als dauerhaft erweisen werden. Es gibt zumindest Anzeichen dafür, dass es auch in der „Weimarer Republik“ gegenüber den Nationalsozialisten Versuche der Ab- und Ausgrenzung gegeben hat, die jedoch angesichts des durch die wirtschaftlichen, mehr aber noch durch die polirischen Verhältnisse entstandenen Handlungsdrucks nicht durchgehalten werden konnten, was letztlich die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur zur Folge hatte.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und der wesentlich unter der Führung der USA erfolgten Befreiung großer Teile Europas von der Besetzung deutscher Truppen und der von ihnen (und der zivilen Besatzungsmacht) verübten Gräueltaten hatte sich in den nicht in der Folge unter den Einfluss der Sowjetunion geratenen Staaten ein relativ stabiles, wiederum wesentlich von den USA initiiertes und beeinflusstes System parlamentarischer Demokratien ausgebildet. Als Ende 1991 das Ende der Sowjetunion (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – UdSSR)[67] besiegelt worden war, endete auch deren ideologischer Einfluss auf einen Großteil der Staaten Osteuropas, in denen sich im Anschluss größtenteils demokratische Systeme nach „westlichem“ Vorbild etablierten. Über die Gründe hierfür kann sicherlich trefflich spekuliert werden; festzustellen ist jedenfalls, dass sich in vielen dieser Staaten alsbald „Gegenbewegungen“ bildeten: Parteien und politische Organisationen, die eher autokratisch orientierte Regierungen und Staatsformen propagierten und auch – nach der vorherigen „international“ (besser und richtiger: an den Interessen der Sowjetunion) ausgerichteten Politik durchaus nachvollziehbar – die jeweiligen nationalen Interessen und Eigenheiten stärker in den Vordergrund stellten. Da zudem – wir erleben es (wie nicht zuletzt auch dieser Artikel zeigt) in Deutschland gerade „am eigenen Leibe“ – Demokratie und vor allem ihre Verteidigung und Erhaltung ein sehr anstrengendes Geschäft ist, das die Menschen in diesen Staaten nach einem Jahrzehnte andauernden Leben unter autokratischen Regimes nicht gewohnt waren, wurden diese Parteien alsbald statt der wirklich demokratisch orientierten in die dortige Regierungsverantwortung berufen. Diese Neigungen scheinen sich in der Folge auch in die Bevölkerungen der übrigen Länder Europas übertragen zu haben. Auch weltweit lässt sich beobachten, dass die Zahl der wirklich demokratisch regierten Staaten eher ab- als zunimmt.

[67] Näheres zu diesem Staat auf https://de.wikipedia.org/wiki/Sowjetunion

Das (Denk-)Ergebnis

Aus diesen Überlegungen lässt sich – zu meiner eigenen Überraschung und zu meinem eigenen Leidwesen – noch immer keine Antwort auf die Frage ableiten, wie in Deutschland künftig mit der „Brandmauer“ gegenüber der AfD umgegangen werden sollte. Der Blick „über’n Zaun“ hat gezeigt, dass rechte/rechtspopulistische Parteien mit und ohne Brandmauer groß werden können und deren Aufgabe – sofern sie überhaupt etabliert wurde – zu unterschiedlichen, streng genommen sogar zu gegensätzlichen Ergebnissen geführt hat. Zudem lassen sich im Ausland gewonnene Erfahrungen niemals „1:1“ auf deutsche Verhältnisse übertragen, und schließlich sollte man die „spezifisch deutsche Erfahrung“ Deutschlands mit extremistischen Parteien und insbesondere mit dem Rechtsextremismus nicht aus dem Blick verlieren.

Zudem haben wir es offensichtlich bei der Gefährdung von demokratisch organisierten Staatsformen und dem Aufkommen autokratisch orientierter Parteien und Regierungsformen nicht mit einer isolierten deutschen Erscheinung zu tun, sondern eher mit einer weltweit beobachtbaren.

Dies alles hindert jedoch nicht daran, die Demokratie trotz all’ ihrer Schwächen und der mit ihr verbundenen Mühseligkeiten als die beste aller denkbaren Staatsformen zu betrachten, die es trotz ihrer Schwächen wert ist, „mit Klauen und Zähnen“ verteidigt zu werden. Wer hieran zweifelt, der möge sich bitte an all’ die persönlichen und politischen Freiheiten erinnern, die ihm diese Staatsform zu bieten vermag; wenn er meint, dass diese derzeit in der Bundesrepublik Deutschland zu stark eingeschränkt seien, möge er sich bitte die Frage stellen ob er ernsthaft glaubt, dass ihm eine Partei wirklich und vor allem dauerhaft ein größeres Maß an diesen Freiheiten zu garantieren vermag, deren Mitglieder jedenfalls in größeren Teilen unsere derzeitige demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung ablehnen und stattdessen die die Katastrophen des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs auslösende Herrschaft der Nationalsozialisten zu verharmlosen trachten und nicht selten sogar verherrlichen.

Diese Partei gibt es, und anders als bei all’ ihren Vorgängerinnen, die es seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 gegeben hat, besteht bei ihr die reale Möglichkeit, dass sie auf völlig demokratische Weise – durch eine reguläre, nach allen demokratischen Grundsätzen organisierte und durchgeführte Wahl – in Regierungsverantwortung gelangt. Im Bundesland Sachsen-Anhalt steht dies mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit ziemlich unmittelbar bevor, und selbst für den Bund lässt sich eine solche künftige Entwicklung keinesfalls ausschließen. Gründe genug, eine solche Partei mit allen Mitteln zu bekämpfen, die unsere

demokratische Ordnung und die durch sie eröffneten auch juristischen Möglichkeiten hierfür zur Verfügung stellen.

Was ist zu tun?

Nach einigen Wochen der Recherche, über zwanzig Seiten zusammengestellter Fakten, zugehörigen Analysen und dargestellten Überlegungen lautet das für mich ebenso ernüchternde wie auch persönlich enttäuschende Eingeständnis: *ich weiß es nicht!!!* Diese Arbeit habe ich mit der Erwartung begonnen, an ihrem Ende Feststellungen dazu präsentieren zu können, ob oder wenigstens inwieweit eine Aufgabe (oder eben auch eine Beibehaltung) des Konstrukts „Brandmauer“ gegenüber der AfD sinnvoll und zielführend sein könnte. Eine zweite sich in diesem Zusammenhang aktuell stellende Frage war, ob eine von jedenfalls einigen Politikern aus der CDU/CSU geforderte Errichtung einer zweiten „Brandmauer“ gegenüber der Partei DIE LINKE sinnvoll oder überhaupt nur angebracht sein könnte. Statt Empfehlungen zu geben kann ich nachfolgend wieder nur einige allgemeine Überlegungen niederschreiben.

AfD

Es muss wohl unumwunden eingeräumt werden, dass die „Brandmauer“ gegenüber dieser Partei die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, die mit ihr verbundenen Ziele nicht erreicht hat. Über die Gründe hierfür kann sicherlich trefflich spekuliert werden; obgleich ich dies eigentlich berufeneren Personen überlassen möchte wage ich es, hier einen aus meiner Sicht nicht nur möglichen, sondern sogar recht plausibel klingenden Grund zu benennen: Sie wurde selbst von ihren Erfindern und Befürwortern nicht konsequent angewendet![68] Auch ich war immer ein Befürworter der „Brandmauer“ – und sehe mich nun gezwungen, eigene Überzeugungen infrage zu stellen. Doch wie soll man nun mit einer Partei umgehen, mit der man am liebsten gar nicht umgehen, sondern sie viel lieber aus der Welt geschafft haben möchte?

Also: Die von den politischen Parteien errichtete „Brandmauer“ hat ihren Zweck nicht erfüllt, muss folglich als gescheitert betrachtet werden. Aber: Ist es überhaupt Aufgabe der politischen Parteien, eine solche gegenüber einer anderen Partei zu errich-

[68] Friedrich Merz nahm es als Oppositionsführer Anfang 2025 in Kauf, dass ein von der CDU/CSU im Deutschen Bundestag eingebrachter Entschließungsantrag zur Migrationspolitik nur mit den Stimmen der AfD angenommen werden konnte; am 5. Februar 2020 ließ sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich im thüringischen Landtag zum Ministerpräsidenten des Landes wählen, was nur möglich war, weil er alle Stimmen der AfD-Fraktion erhielt, die ihren eigenen Kandidaten im dritten Wahlgang nicht mehr unterstützte (Kemmerich nahm die Wahl zunächst an, musste aber wenige Tage später nach massivem Druck aus CDU/CSU und seiner eigenen Partei zurücktreten). Das sind nur zwei, aber sicher die gravierendsten Beispiele für diese Nichteinhaltung der „Brandmauer“.

ten? Sollten sie nicht vielmehr den – wenn auch sicherlich im besten Sinne des Wortes „streitbaren“ Dialog suchen, ihre jeweiligen Argumente und Standpunkte sachlich austauschen und dabei die des (oder der) jeweils anderen zu entkräften versuchen, um so das Wahlvolk von sich zu überzeugen?[69]

Eine „Brandmauer“ gegenüber Parteien zu errichten, die für den Bestand der Demokratie und eines freiheitlich orientiertem Rechtsstaats brandgefährlich sind, weil sie ihn nicht nur rhetorisch infrage stellen, sondern auch aktiv zu bekämpfen bereit sind, muss aber sehr wohl weiterhin ein wichtiges Anliegen sein. Es sollte – nein: es *muss* – aber die Gesellschaft sein, die sie errichtet.

Was heißt das konkret? Zunächst wünsche ich mir einen anderen Umgang insbesondere der öffentlich-rechtlichen Medien mit Vertretern dieser Partei. Ihnen wird für meinen Geschmack viel zu oft – insbesondere in Nachrichtensendungen – Gelegenheit gegeben, ihr gesellschaftliches Gift unkommentiert auf die Ohren und in die Gehirne eines Publikums zu versprühen, das bei weitem nicht in Gänze in der Lage ist, dies als solches zu identifizieren. Natürlich ist es Aufgabe dieser Medien, die Bevölkerung unseres Landes über die Standpunkte aller politischen Parteien diskriminierungsfrei zu informieren. Es ist aber auch eine ihrer vornehmsten anderen Aufgaben, als freie und unabhängige Medien für den Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten und auf deren evtl. drohende Gefährdungen aufmerksam zu machen. Dies geschieht auch dankenswerterweise regelmäßig in den so genannten Polit-Magazinen, die jedoch von weitaus weniger Menschen wahrgenommen werden als die allgemeinen Nachrichtensendungen. Ich stelle mir etwa vor, dass der/die Moderator*in/Präsentator*in einer Nachrichtensendung, in der von einem/einer Vertreter*in der AfD ein Sachverhalt wahrheitswidrig dargestellt oder zur Stützung einer Behauptung oder eines Slogans auf eine solche Darstellung zurückgegriffen wird, auf diesen Sachverhalt mit einer kurzen Bemerkung hingewiesen wird.[70]

---

[69] Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich sollen (und müssen) sich die demokratischen, für den Erhalt unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats eintretenden Parteien strikt gegen die AfD abgrenzen. Von ihnen gestellte Abgeordnete sollten sich nicht dazu hergeben, AfD-Kandidaten in mit politischer Verantwortung verbundene Ämter zu wählen. Anträgen der AfD, die erkennbar der Durchsetzung ihrer Ideologie dienen, muss die Zustimmung verweigert werden. Dagegen sollte Anträgen dann die Zustimmung nicht versagt werden, wenn sie der Umsetzung offensichtlich berechtigter Anliegen der Bevölkerung dienen. Es muss vermieden werden Vorhaben anzustoßen, die nur mit Zustimmung der AfD-Abgeordneten umgesetzt werden können.

[70] Für wie wichtig die AfD selbst die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien für den Erhalt unserer freiheitlichen Grundordnung und unserer Demokratie erachtet geht bereits daraus hervor, dass deren Mitarbeitende immer wieder bei aktueller Berichterstattung, mehr noch aber bei der Erstellung von Reportagen oder Hintergrundberichten, aus ihren Reihen heraus behindert oder sogar angegriffen werden, sie insgesamt immer wieder als „Lügenpresse“ bezeichnet werden und die Partei für den Fall ihrer Regierungsübernahme in Sachsen-Anhalt als einen der ersten Schritte die Kündigung des Medien-Staatsvertrags angekündigt hat, der die Arbeit von ARD und ZDF in dem Bundesland regelt.

Auch die Bevölkerung – insbesondere die immer wieder bemühte „schweigende Mehrheit“ – ist hinsichtlich der Errichtung einer (allerdings sehr spezifischen) „Brandmauer“ durchaus gefragt und in der Verantwortung. Es ist an jeder/jedem Einzelnen (möglicherweise in irgendeiner Weise hiervon Betroffenen), ihre/seine Mitmenschen auf die möglichen Folgen einer Verwirklichung bestimmter von der AfD aufgestellter Forderungen oder verfolgter Ziele hinzuweisen und so aufzurütteln zu versuchen.[71] Es sollte möglich sein, Menschen etwa im Umfeld von AfD-Infoständen (oder, wenn man sich dies nicht traut, ganz allgemein bei passenden Gelegenheiten) zu sensibilisieren und auf die von der Partei ausgehenden Gefahren nicht nur für unseren Staat und unsere Freiheiten als Gesellschaft, sondern durchaus für jede/n Einzelne/n und jedenfalls für bestimmte, häufig besonderen Schutzes bedürftige Gruppen von Mitbürgern hinzuweisen. Vorstellbar ist beispielsweise auch, bestimmte Initiativen zu starten oder aktiv zu unterstützen, etwa um geplante Veranstaltungen oder Versammlungen der Partei auf legalem Wege zu verhindern oder gegen sie friedlich zu demonstrieren, sollten sie sich nicht verhindern lassen. Ich persönlich könnte mir sogar vorstellen, an einem AfD-Infostand einen dort tätigen Menschen in ein Streitgespräch zu verwickeln zu versuchen; leider bin ich in meiner persönlichen Umgebung noch in keinem Wahlkampf auf einen solchen getroffen.

Ist es eine Zumutung, die Errichtung einer „Brandmauer“ gegen eine nun einmal durchaus mit Fug und Recht Als brandgefährlich zu bezeichnende Partei ausgerechnet von der Bevölkerung, also eigentlich: von jedem und jeder Einzelnen von uns, zu fordern? Es steht jedem Menschen frei, solches zu denken; nur wage ich es, diesem Menschen zu sagen: „Es tut mir leid, aber ich glaube, du hast das Wesen von Demokratie nicht wirklich verstanden. Sie ist einst von mutigen Menschen auch für dich erstritten worden, du verdankst ihr sogar die Freiheit, genau dies zu denken und dies auch noch offen auszusprechen. Aber wenn nicht auch du dazu bereit bist, aktiv für diese Freiheiten und die Demokratie als solche als deren Grundlage einzutreten und zu kämpfen, dann musst du damit rechnen, irgendwann in der Zukunft ihrer beraubt worden zu sein.“

[71] So habe ich z.B. im Bundestagswahlkampf 2025 einen Flyer erstellt und an Menschen aus den entsprechenden Bevölkerungsteilen zu verteilen versucht, in dem ich die negativen Folgen der Verwirklichung von der AfD aufgestellter Forderungen für behinderte und pflegebedürftige Menschen kurz dargestellt hatte.

DIE LINKE

Vertreter von CDU und CSU haben nach dem Wahlsieg der Partei DIE LINKE die Errichtung einer „Brandmauer“ asch gegen diese Partei gefordert.. Da sich diese Parteien selbst eine solche bereits verordnet haben, sind derartige Äußerungen vornehmlich als Aufforderung an die Parteien zu verstehen, die in diesem Bundesland mit der LINKEN eine Koalition eingehen und die von ihr vorgeschlagene Kandidatin in das Amt der Regierenden Bürgermeisterin einer Stadt wählen könnten, die pikanterweise gleichzeitig als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland fungiert und als diese Sitz einer von den von den dies fordernden Parteien geführten Bundesregierung ist; wiederum vornehmlich an die SPD, die mit ihnen eben diese Bundesregierung bildet. Da drängt sich schon der Verdacht auf, die Aufforderung könne (zumindest überwiegend) parteipolitischem Kalkül entspringen. Andererseits: DIE LINKE ist eben auch Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei (SED)[72], die in der ehemaligen DDR[73] aus der (Zwangs-)Vereinigung von Kommunistischer und Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (KPD und SPD) hervorgegangen war und als allein für die Regierung dieses Staates verantwortliche Partei eben auch für das von diesem ausgehende Unrecht[74] verantwortlich zeichnete. Ist also eine solche Forderung möglicherweise doch nicht ganz unberechtigt?

Als die CDU 2018 auf ihrem Bundesparteitag den „Unvereinbarkeitsbeschluss“ auch gegenüber der LINKEN fasste, war eines von deren prominenten Mitgliedern eine gewisse Sahra Wagenknecht[75]; diese war zudem Mitglied der innerhalb dieser Partei agierenden „Kommunistischen Plattform“[76] und von 1991 bis 2010 auch in deren Leitung tätig. Diese wird dem Ergebnis meiner kursorischen Recherche zufolge (sichere Resultate habe ich hierzu leider nicht finden können) bis heute vom Bundesamt für Verfassungsschutz und sogar einigen Landesämtern für Verfassungsschutz in den östlichen Bundesländern wegen linksextremistischer Bestrebungen beobachtet; DIE LINKE als Gesamtpartei und auch einzelne ihrer Mitglieder jedoch offenbar seit 2016/17 nicht mehr[77]. Insgesamt kann wohl festgestellt werden, dass DIE LINKE zwar einigen Elementen unserer bundesdeutschen Gesellschaftsordnung durchaus kritisch gegenübersteht, so etwa der grundsätzlichen Ausrichtung der Wirtschaftspoli-

---

[72] s. auch https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18236/sozialistische-einheitspartei-deutschlands-sed/
[73] s. hierzu ausführlich https://tag-der-deutschen-einheit.info/geschichte-ddr
[74] etwa für die Toten nach Fluchtversuchen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze oder die Bespitzelung und Inhaftierung der eigenen Bürger durch den „Staatssicherheitsdienst“ („Stasi“)
[75] zur Person s. https://de.wikipedia.org/wiki/Sahra_Wagenknecht
[76] Näheres s. https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische_Plattform
[77] s. hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Beobachtung_der_Partei_Die_Linke_durch_den_Verfassungsschutz; andere den Sachverhalt zusammenfassende Quellen habe ich leider nicht finden können.

tik am kapitalistisch orientierten Modell, die von unserem Grundgesetz vorgegebene Ordnung jedoch nicht grundsätzlich in Frage stellt (und sich hierin von zumindest größeren Teilen auch führender AfD-Mitglieder sehr wohl unterscheidet). Hieraus sollte zunächst einmal folgen, dass für die Errichtung einer „Brandmauer“ (unabhängig von den oben dargestellten Erwägungen zur Sinnhaftigkeit eines solchen Konstrukts) gegenüber dieser Partei in Gänze kein Anlass bestehen sollte.

Anlass für die aus Kreisen der CDU/CSU erhobene Forderung ist – wie erwähnt – der Wahlsieg der LINKEN bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Dieser kam wesentlich angesichts einer in Berlin gegenüber einem in Deutschland insgesamt zu beobachtenden sehr angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt noch einmal deutlich verschärften Krisensituation und dem Wahlversprechen der Partei zustande, in der Stadt durch eine „Vergesellschaftung“ großer Wohnungsbaukonzerne[78] für „bezahlbare Mieten“ zu sorgen. Derartige Vorhaben werden (nicht nur, aber insbesondere) von konservativen Parteien wie CDU und CSU sehr kritisch gesehen, widersprechen sie doch der dem Grunde nach kapitalistischen Wirtschaftsordnung Deutschlands. Nun ist es zwar richtig, dass der Artikel 14 des Grundgesetzes[79] das Eigentum in seinem Absatz 1 unter einen besonderen Schutz stellt; er bestimmt in seinem Absatz 2 aber auch: *„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“* Und Absatz 3 Satz 1 erlaubt: *„Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“* Unabhängig von der Frage, ob die von der Berliner LINKEN angestrebten Maßnahmen zur Erreichung des angegebenen Ziels sinnvoll sein können (hierzu gehen selbst die Meinungen von Wirtschaftswissenschaftlern weit auseinander; überwiegend sind diese aber eher skeptisch), sind sie zunächst einmal grundsätzlich vom Grundgesetz gedeckt.

Jedoch gibt es zwei weitere Aspekte, wegen derer sich die Frage nach einer politischen Abgrenzung zum Berliner Landesverband der LINKEN (und nur um diesen kann und darf es hier gehen) stellen könnte: Gegen Personen aus seinen Reihen gibt es Vorwürfe des Antisemitismus (eine neu gewählte Abgeordnete ist offensichtlich bereit, wegen des israelischen Vorgehens gegen die palästinensische Bevölkerung sowohl im Gaza-Streifen als auch im besetzten Westjordanland das Existenzrecht Israels unter Verweis auf das Völkerrecht zu bestreiten[80]), was die Partei dem Vorwurf aussetzt, Antisemitismus in ihren Reihen zu dulden[81], bzw. solche, denen

[78] gemeint ist damit ein Aufkaufen eines Teils des ihnen gehörenden Wohnraums und dessen Überführung in staatliches (in diesem Fall städtisches) Eigentum
[79] s. https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_14.html
[80] wirklich bemerkenswerte Gedanken hierzu finden sich auf https://mannheimnahost.wordpress.com/2026/07/20/zum-existenzrecht-eines-staates/
[81] hierzu habe ich mindestens ebenso bemerkenswerte Gedanken übermittelt bekommen, die ich dieser Arbeit als Anhang anfüge

eine Nähe zur Organisierten bzw. zur Clankriminalität unterstellt wird. Diese Fragen sind vor der Aufnahme formeller Koalitionsverhandlungen von den beteiligten Parteien SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der LINKEN besprochen und nach deren Auffassung in befriedigender Weise geklärt worden; sie harren jedoch dem Anschein nach teils einer endgültigen Klärung und könnten die Bildung einer Koalition noch einmal im Frage stellen.

Nach dieser – leider, aber auch angesichts der Wichtigkeit des Gegenstandes notwendigen – sehr umfangreichen Darstellung der Gegebenheiten und unter Rückgriff auf die Feststellung. dass eine „Brandmauer“ (wenn überhaupt notwendig) eher auf gesellschaftlicher Ebene als durch die politischen Parteien errichtet werden sollte, bleibt bezüglich der LINKEN nur die recht eindeutige Erkenntnis, dass eine solche ihr gegenüber nicht vonnöten sein dürfte – weder gegenüber der Gesamtpartei noch gegenüber ihrem Berliner Landesverband.

Schlussbemerkung

Die „Brandmauer“ ist im deutschen Politikbetrieb zu einer Metapher[82] für eine strikte Abgrenzung gegen einen politischen Gegner geworden. Doch dies wird der Bedeutung des Begriffs nicht gerecht: eine Brandmauer soll nicht nur abgrenzen; sie soll vor einer drohenden Gefahr schützen, vor der eines sich ausbreitenden Brandes. In diesem Sinne wird eine Brandmauer in Deutschland auch tatsächlich benötigt: Es gilt, die drohende Gefahr abzuwehren, die das Programm, mehr aber noch die Aktivitäten der AfD für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat bedeutet, den diese darstellt.

Die bisherige Konstruktion dieser – soeben als notwendig erkannten – Brandmauer hat sich als weitgehend wirkungslos erwiesen; daher ist es notwendig, über Änderungen an dieser nachzudenken – aber auch über die bisherige Zweckbestimmung.. Ich wünsche mir, mit dieser Arbeit einen Beitrag zu dieser notwendig gewordenen Diskussion leisten zu können. Diese sollte auch ein Nachdenken über die Frage umfassen, gegenüber welchen dem Staat (genauer: unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung) drohenden Gefahren die Errichtung einer solchen tatsächlich notwendig ist. Von wirklich entscheidender Bedeutung scheint mir jedoch die Beantwortung der frage nach dem „Bauherrn“ der Brandmauer zu sein; hier ist ein Umdenken dringend notwendig, und jede und jeder deutsche Staatsbürger*in ist aufgerufen, insoweit über sich selbst nachzudenken – und zu befinden.

Düsseldorf, den 10. November 2026

[82] zur genauen Wortbedeutung s. https://de.wikipedia.org/wiki/Metapher

Anhang

Gedanken eines deutsch-jüdischen Bürgers zum Jahrestag der Novemberpogrome am 9. November 2026

Liebe*r Campact-Unterstützer*in,

vor etwa einem Monat bin ich mit meiner Familie in einen kleinen Kibbuz mitten in der Negev-Wüste gezogen. Seit dem 7. Oktober hat sich mein Heimweh nach einem Land verstärkt, das ich trotz aller Widrigkeiten liebe. Einige Monate lang leben wir hier Seite an Seite mit Menschen, die nicht aufgeben. Um sie herum eskaliert die Gewalt, doch sie kämpfen weiter für ein Israel, in dem Kinder ohne Sirenen aufwachsen. In dem Gerichte frei entscheiden. In dem jüdische und palästinensische Menschen friedlich miteinander leben.

Gehupe, Gedrängel, Überholmanöver von rechts und links: Schon die Ausfahrt vom Parkplatz ist ein Kampf. Kurz nach der Wahl spüre ich überall, wie tief dieses Land gespalten ist, nach Herkunft, Religiosität, Bildung und politischer Identität. Nach fünfundzwanzig Jahren in Deutschland erscheint mir das Leben in Israel aggressiv und widersprüchlich – und zugleich unmittelbar und hautnah.

Schutz vor Siedlergewalt

Auf unseren Reisen durch das Land treffen wir erschöpfte Menschen, die dennoch keineswegs resigniert haben. Marwan und Asma aus unserem Nachbardorf Shaqib al-Salam engagieren sich gegen die Entrechtung der beduinischen Minderheit. Avital aus Sde Boker leitet eine jüdisch-arabische Grundschule. Naomi übernachtet jede Woche gemeinsam mit ihrem sechzehnjährigen Sohn Uria in einem palästinensischen Dorf im Westjordanland, um Hirten vor Siedlergewalt zu schützen. Vor zwei Wochen wurde Uria von Siedlern geschlagen. Aufgeben will er trotzdem nicht. Nächste Woche fährt er wieder hin.

Die Siedler, die Uria geschlagen haben, handeln nicht allein. Sie haben Freund*innen in der Regierung, allen voran den rechtsradi-

kalen Minister Itamar Ben-Gvir. Wenn ich abends die deutschen Nachrichten lese, erkenne ich das Muster wieder. Die AfD liegt in den Umfragen auf Platz eins. Ihre Feindbilder sind teils andere, ihre Methode ist dieselbe: Sie macht Minderheiten zu Sündenböcken. In Israel trifft es vor allem Palästinenser*innen, in Deutschland Migrant*innen. Manchmal, wenn ich die Augen schließe, stelle ich mir die Hölle als einen Ort vor, an dem ein Duo aus Itamar Ben-Gvir und Alice Weidel gemeinsam regiert.

Hebräisch sprechen mit Vorsicht

Im einzigen Land, in dem Jüdinnen und Juden die Mehrheit bilden, hätte ich mir eigentlich eine Pause von der Beschäftigung mit Antisemitismus gönnen können. Doch ich weiß sehr wohl, dass diese Pause nicht lange dauern wird. Wenn ich wieder in Deutschland bin, werde ich ihm erneut begegnen. Antisemitismus gehört dort zu meinem Alltag wie der Blick über die Schulter, bevor ich am Handy Hebräisch spreche.

Aber auch, wenn ich aus der Ferne deutsche Solidaritätsbekundungen lese, wird mir mulmig. Nicht, weil Jüd*innen keine Solidarität bräuchten. Seit dem 7. Oktober 2023 brauchen sie sie mehr denn je. Mulmig wird mir, wenn diese Solidarität im selben Atemzug Muslim*innen, Migrant*innen oder Linke pauschal unter Verdacht stellt. Wenn der Antisemitismusvorwurf zur Waffe wird und die Erinnerung an den Nationalsozialismus zum Argument. Bei der Debatte um die Berliner Linkspartei frage ich mich deshalb: Geht es allen, die dort ihre Sorge vortragen, wirklich um Antisemitismus?

Geschichtsrevisionistische Kurzschlüsse

Vor Kurzem schmückte die Junge Union beim Deutschlandtag ihre riesige Bühne mit dem Satz „Nie wieder ist jetzt!“. Daneben: eine mit einer palästinensischen Kufiya vermummte Person und ein

Sticker mit dem Namen der Berliner Linken-Spitzenkandidatin Elif Eralp. Der Zusammenhang mit der geplanten rot-rot-grünen Regierung in Berlin war unmissverständlich. Das Kalkül war durchschaubar: Palästinasolidarität gleich Nationalsozialismus. Wer Verantwortung für die deutsche Geschichte übernehmen will, muss sich solchen geschichtsrevisionistischen Kurzschlüssen widersetzen, egal wo er oder sie politisch steht. Man kann den Umgang der Linkspartei mit Antisemitismus in den eigenen Reihen kritisieren, ohne dafür die Schoa in Stellung zu bringen. Man kann gewalttätige und antisemitische Teile der Palästinasolidarität verurteilen, ohne die gesamte Palästinasolidarität mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen.

Dazu muss man allerdings bereit sein, Antisemitismus als reales gesellschaftliches Problem ernstzunehmen – und nicht nur als Waffe gegen den politischen Gegner. Gerade in Teilen von CDU und CSU scheint die Versuchung derzeit groß, die Holocaust-Erinnerung für den parteipolitischen Kampf einzusetzen. Hier entsteht eine auffällige Nähe zu einer Strategie, die die AfD seit Jahren verfolgt: sich selbst als Schutzmacht der Jüd*innen darzustellen und zugleich Antisemitismus vor allem bei Muslim*innen und politischen Gegnern zu verorten.

Antisemitismus unter AfD-Wähler*innen

Alice Weidel erklärte im Gespräch mit Elon Musk im Januar 2025, die AfD sei „die einzige Beschützerin jüdischer Menschen in Deutschland“. Empirische Untersuchungen beweisen das Gegenteil. Antisemitische Einstellungen kommen unter AfD-Wähler*innen überdurchschnittlich häufig vor.

Eine Szene aus dem Jahr 2018: Rafi Eitan half 1960, den Nazi-Verbrecher Adolf Eichmann zu fassen. 58 Jahre später sitzt er per Video in einer Sitzung der AfD-Bundestagsfraktion. Er warnt vor muslimischer Zuwanderung und wünscht der Partei, sie möge ei-

ne „Alternative für Europa“ werden. Dieses Bild geht mir nicht aus dem Kopf. Offiziell hält Israel bis heute Abstand zur AfD. Doch Teile der israelischen Rechten suchen längst die Nähe zu Europas Rechtsaußen. Was sie verbindet, ist der Hass auf Muslim*innen. Und beide Seiten profitieren: Die AfD wäscht sich mit ihrer Israel-Solidarität rein. Mit der Erinnerung an den Holocaust stellt sie Muslim*innen, Migrant*innen und Linke unter Generalverdacht.

Wahre und falsche Freunde

Vielleicht sollten diejenigen, die sonst so schnell zum Antisemitismusvorwurf greifen, den heutigen 9. November nutzen, um einmal innezuhalten. Und um an der Seite von Jüd*innen und anderen Minderheiten zu stehen. Mehr Ehrlichkeit wird den Antisemitismus vielleicht nicht aus der Welt schaffen. Sie würde Juden und Jüdinnen aber helfen, besser zwischen wahren und falschen Freunden zu unterscheiden. An diesem 9. November wünsche ich mir das auch für Deutschland. Nicht Solidarität gegen jemanden. Sondern Solidarität miteinander.

Herzliche Grüße
Meron Mendel